

2026

Synopse

Welthunger-Index

Keine Sicherheit ohne Ernährungssicherheit

Oktober 2026



➤ Weitere Informationen
erhalten Sie unter
www.welthungerindex.de
#GHI2026



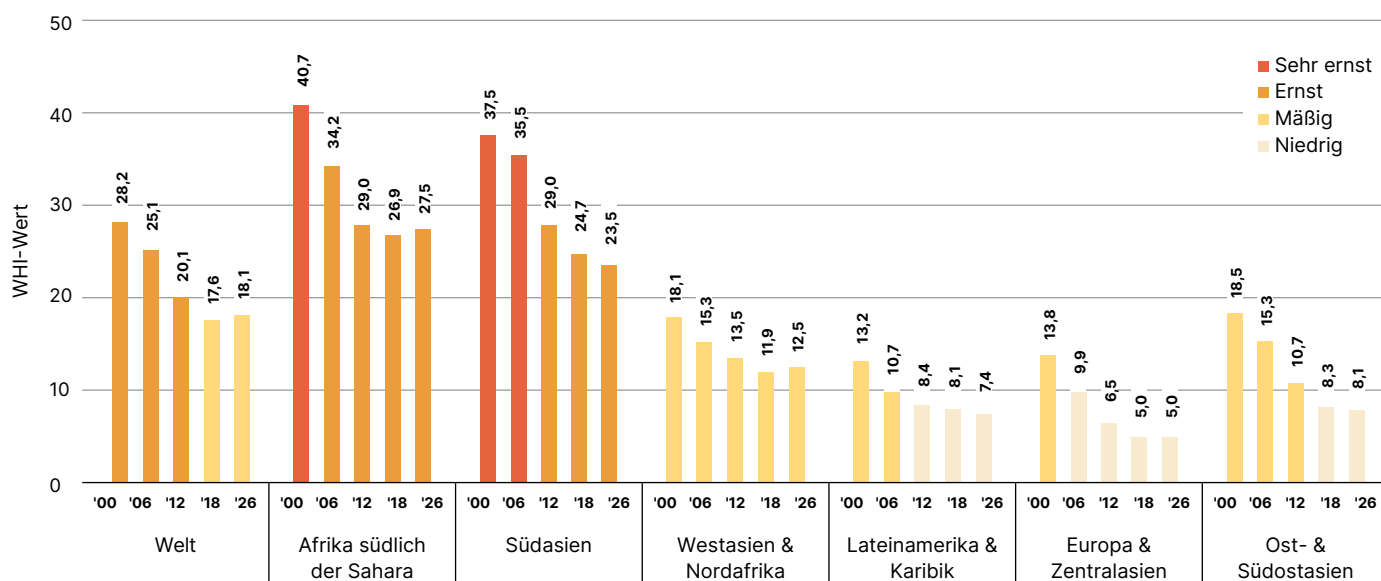
Sich überlagernde Krisen gefährden die Hungerreduzierung. Ernährungsunsicherheit wiederum kann Krisen und Instabilität verschärfen. Regierungen müssen daher Ernährungssicherheit systematisch in der Friedens- und Sicherheitspolitik verankern.

Nach fast zwei Jahrzehnten deutlicher Fortschritte hat der Hunger weltweit im Zuge mehrerer ineinandergreifender Krisen gegenüber 2018 wieder zugenommen. Der globale WHI-Wert liegt 2026 mit 18,1 über dem Wert von 2018 mit 17,6, nachdem er seit 2000 von 28,2 deutlich gesunken war. Damit bleibt das Hungerniveau zwar in der Kategorie *mäßig*, doch der langfristige Abwärtstrend ist unterbrochen. Diese Verschlechterung zeigt sich in drei der vier WHI-Indikatoren: Unterernährung, Wachstumsverzögerung und Auszehrung bei Kindern haben zugenommen, während die Kindersterblichkeit leicht zurückgegangen ist. Auf regionaler Ebene ist das Hungerniveau in Afrika südlich der Sahara und Südasien *ernst*. In zwei Regionen sind die WHI-Werte seit 2018 gestiegen: in Afrika südlich der Sahara sowie in Westasien und Nordafrika. Auf Länderebene wird das Hungerniveau in 36 Ländern als *ernst* und in 8 Ländern als *sehr ernst* eingestuft: Burundi, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Somalia, Südsudan, Sudan und Jemen. In 32 Ländern haben sich die WHI-Werte im Vergleich zu 2018 verschlechtert. Setzt sich die Entwicklung im seit 2000 beobachteten Tempo fort, werden 57 Länder bis 2030 kein *niedriges* Hungerniveau erreichen.

Wachsende geopolitische Spannungen, Konflikte, Klimaschocks und wirtschaftliche Unsicherheit erschweren die Bemühungen, das Ziel Zero Hunger bis 2030 zu erreichen. Konflikte gehören weiterhin zu den Haupttreibern von Hunger. Zugleich erreichte die Zahl staatlicher bewaffneter Konflikte den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Extremwetterereignisse und wirtschaftliche Schocks verschärfen die Lage zusätzlich, besonders dort, wo Konflikte Lebensgrundlagen und Bewältigungskapazitäten bereits geschwächt haben. Die Krisen verstärken einander: Konflikte und Unsicherheit verschärfen Hunger, während Ernährungsunsicherheit die Vulnerabilität erhöht, Resilienz schwächt und zu weiterer Instabilität beitragen kann. Ernährungssicherheit muss daher als integraler Bestandteil dauerhafter Sicherheit verstanden werden.

Gleichzeitig wird es schwieriger, Hunger verlässlich zu erfassen und angemessen darauf zu reagieren. In mehreren kritischen Kontexten, darunter Burundi, die Demokratische Volksrepublik Korea, Lesotho, Südsudan, Sudan und Jemen, verhindern Datenlücken die vollständige Berechnung der WHI-Werte 2026, sodass das Ausmaß des Hungers nur teilweise

ABB. 1.1 Globale und Regionale Werte des Welthunger-Index 2000, 2006, 2012, 2018 und 2026



Quelle: die Autor*innen.

Anmerkung: Für Datenquellen siehe Anhang A im Gesamtbericht. Die regionalen und globalen WHI-Werte werden mittels regionaler und globaler aggregierter Werte für jeden Indikator und der in Anhang A beschriebenen Formel berechnet. Diese regionalen und globalen Gesamtwerte für jeden Indikator werden als bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte und unter Anwendung der in Anhang B aufgeführten Indikatorwerte errechnet. Bei Ländern, für die keine Daten zur Unterernährung vorliegen, wurden die Gesamtwerte anhand von Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ermittelt, die in Anhang B nicht aufgeführt sind. Für Angaben darüber, welche Länder die einzelnen Regionen umfassen, siehe Anhang D im Gesamtbericht.

sichtbar wird. Zugangs- und Finanzierungslücken schwächen Informationssysteme zur Ernährungssicherheit, besonders in Konfliktgebieten. Wo Hunger nicht erfasst wird, besteht die Gefahr, dass notwendige Hilfe ausbleibt.

Die humanitäre und entwicklungspolitische Finanzierung für den Ernährungssektor in Krisenkontexten ist auf den niedrigsten Stand seit 2016–2017 gefallen. Während der Bedarf wächst, führen Finanzierungslücken zu Kürzungen und begrenzen die Reichweite der Unterstützung.

Anhaltende Fortschritte in einzelnen Ländern zeigen zugleich, dass Hunger weiterhin verringert werden kann. Seit 2018 senkten 31 Länder ihre WHI-Werte um mindestens 10 Prozent, 9 davon um mehr als 20 Prozent. Uganda verzeichnet die größten Fortschritte in Afrika südlich der Sahara,

auch wenn Teile des Landes weiterhin von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Togo verbesserte sich gegenüber 2018 von der Kategorie *ernst* auf *mäßig*, während Nepal in Südasien langfristig die größten Fortschritte erzielte. **Diese Erfolge beruhen auf dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren**, darunter kontinuierliche Investitionen und politische Maßnahmen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung und Sanitärversorgung. Nationale Trends können jedoch starke Ernährungsunsicherheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen und Regionen verdecken, während plötzliche Schocks Fortschritte gefährden können. Entscheidend ist daher, dass Maßnahmen besonders betroffene Bevölkerungsgruppen erreichen und auch in Krisen und Konflikten Bestand haben. Nur so lassen sich Hunger nachhaltig verringern und die Grundlagen für dauerhafte Sicherheit stärken.

BOX 1.1 Die Welthunger-Index-Werte

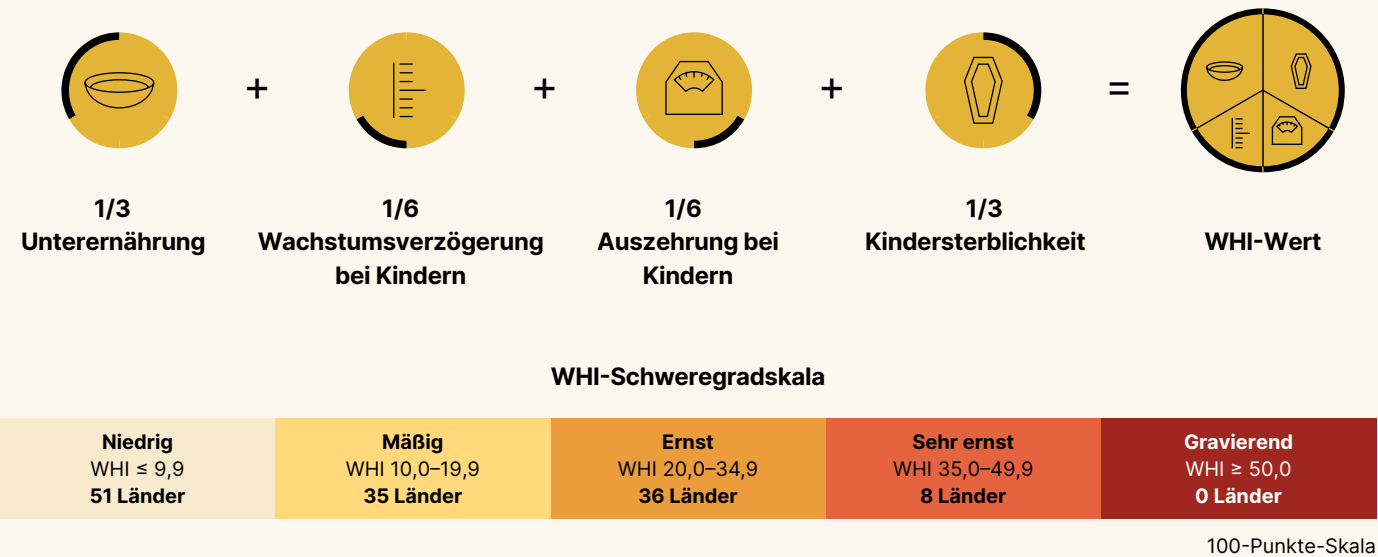
Der Welthunger-Index (WHI) ist ein Instrument zur umfassenden Messung und Verfolgung von Hunger auf globaler, regionaler und nationaler Ebene über die letzten Jahre und Jahrzehnte. Die WHI-Werte werden auf der Grundlage einer Formel aus vier Indikatoren berechnet, die zusammen den multidimensionalen Charakter von Hunger erfassen:

- **Unterernährung:** der Anteil der Bevölkerung, der unterernährt ist und damit eine unzureichende Kalorienzufuhr abbildet.
- **Wachstumsverzögerung bei Kindern:** der Anteil der Kinder unter fünf Jahren mit einer zu geringen Größe in Bezug auf das jeweilige Alter, ein Beleg für chronische Unterernährung.
- **Auszehrung bei Kindern:** der Anteil der Kinder unter fünf Jahren, mit einem zu niedrigen Gewicht in Bezug auf die jeweilige Größe, ein Beleg für akute Unterernährung.
- **Kindersterblichkeit:** der Anteil der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben.

Im Jahr 2026 wurden die Daten von 136 Ländern ausgewertet, die die Kriterien für die Aufnahme in den WHI erfüllt haben, und die WHI-

Werte wurden für 122 dieser Länder auf der Grundlage der Daten von 2021 bis 2025 berechnet. Die zur Berechnung der WHI-Werte verwendeten Daten stammen aus veröffentlichten Quellen der Vereinten Nationen (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Weltgesundheitsorganisation, UNICEF und United Nations Interagency Group for Child Mortality Estimation), der Weltbank und des Demographic and Health Surveys Program. Von den 136 bewerteten Ländern verfügten 14 nicht über ausreichende Daten, um einen WHI-Wert für 2026 zu berechnen. Dennoch wurden acht dieser Länder auf der Grundlage anderer veröffentlichter Daten vorläufige Werte für den Schweregrad von Hunger zugewiesen. Für die übrigen sechs Länder reichten die Daten nicht aus, um entweder einen WHI-Wert zu berechnen oder eine vorläufige Einstufung zu vergeben.

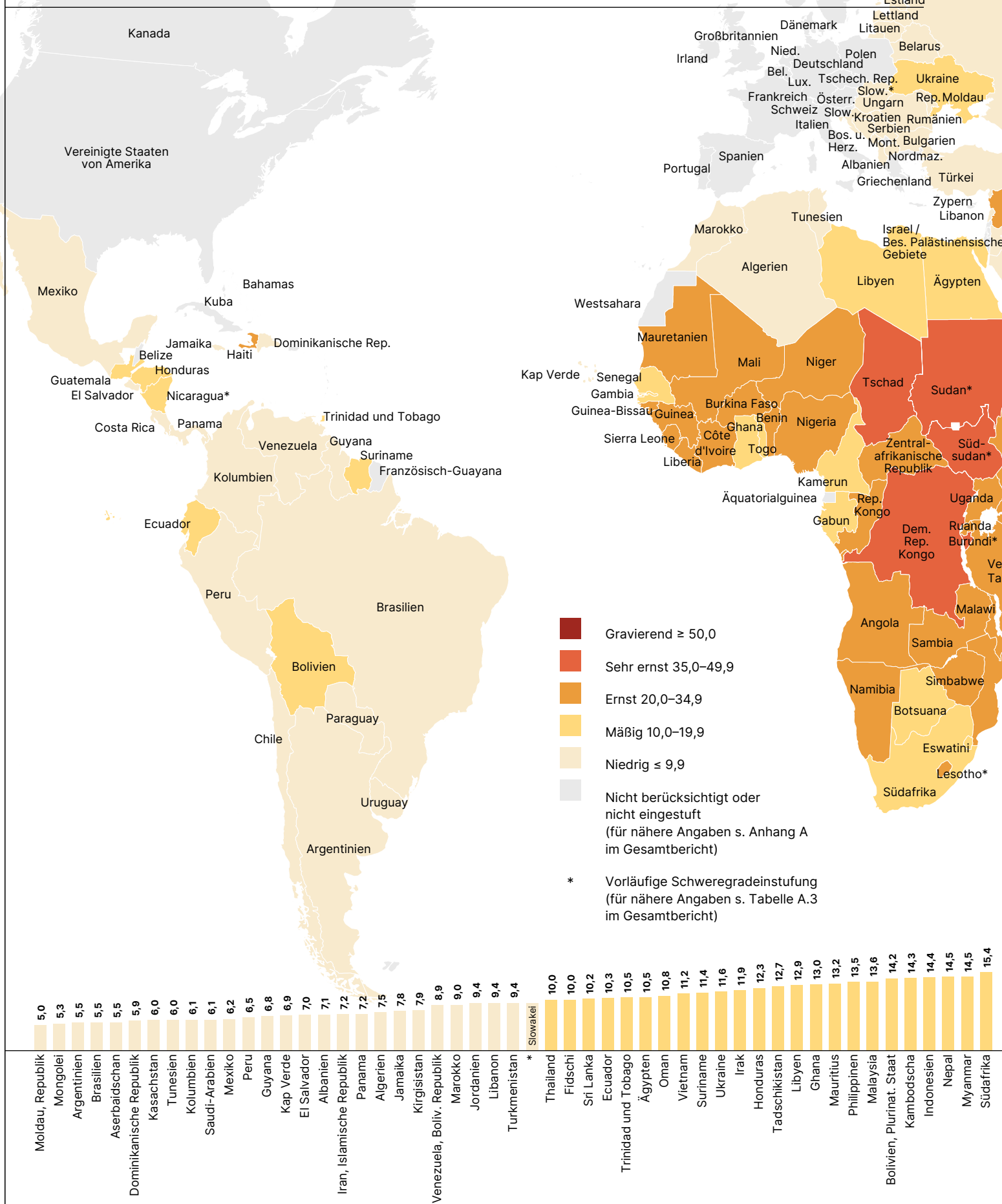
Der WHI kategorisiert und stuft die Länder auf einer 100-Punkte-Skala ein: Werte von weniger als 10,0 stehen für *niedrigen* Hunger, Werte von 10,0 bis 19,9 für *mäßigen* Hunger, Werte von 20,0 bis 34,9 für *ernsten* und von 35,0 bis 49,9 *sehr ernsten* Hunger und Werte von 50,0 oder mehr für *gravierenden* Hunger (Abbildung unten).

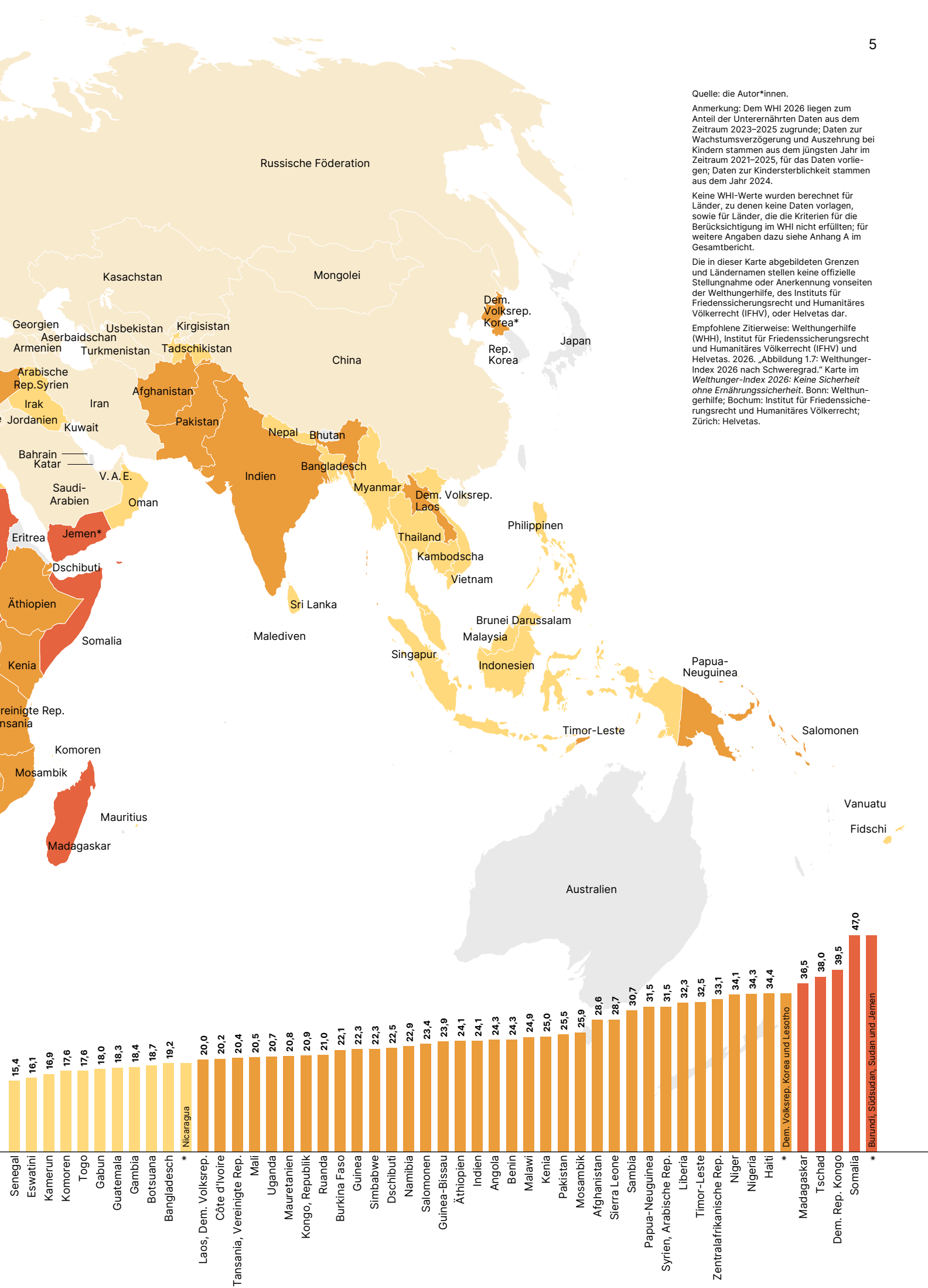


Die Farbgestaltung der WHI-Skala wurde angepasst, um zu verdeutlichen, dass alle Ausprägungen von Hunger von Bedeutung sind und ein *niedriges* Hungerniveau nicht als Abwesenheit von Hunger verstanden werden sollte.

Quelle: die Autor*innen.
Anmerkung: Diese Zahlen spiegeln diejenigen 122 Länder wider, für die die WHI-Werte auf der Grundlage von Daten aus den Jahren 2021–2025 berechnet wurden, sowie die 8 Länder, die vorläufige WHI-Werte erhalten haben (1 als *niedrig*, 1 als *mäßig*, 2 als *ernst* und 4 als *sehr ernst*).

Welthunger-Index 2026 nach Schweregrad





TAB. 1.1 WHI-Werte der Länder (aufsteigend nach WHI-Werten 2026 sortiert)

Anmerkung: Die Rankings und Indexwerte dieser Tabelle können nicht mit Rankings und Indexwerten aus früheren Berichten verglichen werden (siehe Anhang A).

Rang ¹	Land	2000	2006	2012	2018	2026	Rang ¹	Land	2000	2006	2012	2018	2026
Länder mit einem WHI-Wert 2026 unter 5 belegen gemeinsam die Ränge 1–24. ²	Armenien	20,3	14,4	7,8	6,2	<5	71	Indonesien	25,0	28,8	22,5	17,0	14,4
	Belarus	<5	<5	<5	<5	<5	72	Nepal	37,0	30,8	24,4	18,4	14,5
	Bosnien und Herzegowina	9,5	6,3	<5	<5	<5	72	Myanmar	41,4	29,8	20,3	16,2	14,5
	Bulgarien	8,7	8,5	7,5	5,8	<5	74	Südafrika	16,7	17,8	13,2	13,1	15,4
	Chile	<5	<5	<5	<5	<5	74	Senegal	32,5	23,6	19,5	16,2	15,4
	China	13,8	9,1	<5	<5	<5	76	Eswatini	24,3	25,7	22,8	17,6	16,1
	Costa Rica	5,8	<5	<5	<5	<5	77	Kamerun	36,8	29,4	22,2	19,4	16,9
	Estland	<5	<5	<5	<5	<5	78	Komoren	35,7	27,7	25,1	19,0	17,6
	Georgien	11,7	9,2	7,1	<5	<5	78	Togo	37,4	29,4	25,9	24,3	17,6
	Kroatien	7,4	<5	<5	<5	<5	80	Gabun	19,8	19,4	16,3	16,5	18,0
	Kuwait	<5	<5	<5	<5	<5	81	Guatemala	29,0	24,9	21,5	19,8	18,3
	Lettland	5,4	<5	<5	<5	<5	82	Gambia	29,4	25,1	21,0	19,3	18,4
	Litauen	5,5	<5	<5	<5	<5	83	Botsuana	29,8	27,8	23,3	21,1	18,7
	Montenegro	—	6,5	<5	<5	<5	84	Bangladesch	34,6	30,0	27,3	20,0	19,2
	Nordmazedonien	7,4	6,5	<5	<5	<5	*	Nicaragua	21,3	17,2	14,3	12,1	10–19,9*
	Paraguay	12,8	9,7	6,9	<5	<5	85	Laos, Dem. Volksrep.	43,8	29,5	21,5	20,1	20,0
	Rumänien	8,1	6,4	5,2	<5	<5	86	Côte d'Ivoire	32,8	34,1	26,4	21,0	20,2
	Russische Föderation	10,5	6,7	<5	<5	<5	87	Tansania, Vereinigte Rep.	40,3	31,8	26,8	23,9	20,4
	Serbien	—	5,9	<5	<5	<5	88	Mali	40,6	36,0	27,1	22,4	20,5
	Türkei	22,1	11,6	5,4	<5	<5	88	Uganda	35,8	30,5	25,1	28,7	20,7
	Ungarn	<5	<5	<5	<5	<5	90	Mauretanien	31,3	25,3	20,1	19,3	20,8
	Uruguay	7,9	5,7	<5	<5	<5	91	Kongo, Republik	35,3	31,8	29,0	24,9	20,9
	Usbekistan	25,6	15,4	8,5	5,2	<5	92	Ruanda	49,6	35,7	27,0	26,7	21,0
	Ver. Arabische Emirate	<5	5,2	5,2	<5	<5	93	Burkina Faso	44,3	36,4	30,3	25,1	22,1
25	Moldau, Republik	18,3	18,9	6,4	5,4	5,0	94	Guinea	36,9	34,2	28,6	26,7	22,3
26	Mongolei	29,5	21,2	11,1	6,7	5,3	94	Simbabwe	35,6	32,5	27,8	25,9	22,3
27	Argentinien	6,5	5,4	5,4	5,5	5,5	96	Dschibuti	41,4	35,3	28,1	22,7	22,5
27	Brasilien	11,7	7,0	5,5	5,7	5,5	97	Namibia	26,6	26,5	24,2	21,7	22,9
27	Aserbaidshan	25,3	15,5	10,6	7,1	5,5	98	Salomonen	18,7	18,5	21,7	21,2	23,4
30	Dominikanische Republik	15,2	14,3	11,0	8,3	5,9	99	Guinea-Bissau	37,7	29,8	28,3	23,1	23,9
31	Kasachstan	11,9	13,0	8,8	6,1	6,0	100	Äthiopien	53,0	42,3	31,2	24,9	24,1
31	Tunesien	9,0	8,1	6,8	5,9	6,0	100	Indien	38,1	37,0	28,8	25,8	24,1
33	Kolumbien	10,7	11,2	8,7	6,7	6,1	102	Angola	61,7	39,1	23,2	24,0	24,3
33	Saudi-Arabien	10,5	12,5	8,1	6,3	6,1	102	Benin	32,1	27,3	24,6	24,0	24,3
35	Mexiko	9,7	9,4	7,4	6,8	6,2	104	Malawi	43,1	32,7	24,9	21,9	24,9
36	Peru	21,1	15,6	9,5	7,2	6,5	105	Kenia	35,6	29,8	23,4	23,4	25,0
37	Guyana	17,0	15,8	14,0	10,2	6,8	106	Pakistan	36,2	32,9	31,6	24,0	25,5
38	Kap Verde	16,0	13,2	12,2	8,4	6,9	107	Mosambik	46,9	36,3	30,8	31,6	25,9
39	El Salvador	13,6	12,2	10,0	7,2	7,0	108	Afghanistan	49,8	38,1	31,5	28,4	28,6
40	Albanien	15,2	15,7	9,5	6,2	7,1	109	Sierra Leone	57,7	47,2	33,8	32,3	28,7
41	Iran, Islamische Republik	12,4	9,8	9,1	8,3	7,2	110	Sambia	51,1	43,8	36,8	28,7	30,7
41	Panama	17,3	13,4	10,3	8,1	7,2	111	Papua-Neuguinea	31,4	30,8	36,4	31,4	31,5
43	Algerien	14,1	11,9	9,1	7,1	7,5	111	Syrien, Arabische Rep.	14,8	17,1	19,2	28,0	31,5
44	Jamaika	8,3	8,4	8,3	7,8	7,8	113	Liberia	48,0	40,8	36,0	32,4	32,3
45	Kirgisistan	18,5	14,0	10,7	8,2	7,9	114	Timor-Leste	—	44,1	30,0	27,3	32,5
46	Venezuela, Boliv. Republik	14,3	11,0	7,1	16,7	8,9	115	Zentralafrikanische Rep.	46,8	44,4	37,1	34,5	33,1
47	Marokko	15,7	16,4	9,4	8,2	9,0	116	Niger	52,7	40,9	38,1	34,4	34,1
48	Jordanien	10,2	7,6	8,5	9,5	9,4	117	Nigeria	37,3	32,5	31,0	28,2	34,3
48	Libanon	11,0	11,4	7,0	7,2	9,4	118	Haiti	40,1	39,3	31,7	30,4	34,4
48	Turkmenistan	19,8	15,3	11,7	9,9	9,4	*	Dem. Volksrep. Korea	43,8	32,6	29,0	27,4	20–34,9*
*	Slowakei	—	—	—	—	≤ 9,9*	*	Lesotho	—	—	—	—	20–34,9*
51	Thailand	17,2	12,5	12,2	11,4	10,0	119	Madagaskar	41,9	39,2	33,6	35,7	36,5
51	Fidschi	9,2	9,5	10,4	9,6	10,0	120	Tschad	49,5	46,2	41,0	38,5	38,0
53	Sri Lanka	22,1	19,9	20,8	11,4	10,2	121	Dem. Rep. Kongo	48,5	39,3	37,3	36,6	39,5
54	Ecuador	19,1	16,4	12,3	11,6	10,3	122	Somalia	64,4	60,8	59,6	51,1	47,0
55	Trinidad und Tobago	11,2	11,6	10,3	9,1	10,5	*	Sudan	—	—	—	26,0	35–49,9*
55	Ägypten	16,5	14,6	16,0	11,6	10,5	*	Burundi, Südsudan und Jemen	—	—	—	—	35–49,9*
57	Oman	16,2	12,0	10,7	11,8	10,8							
58	Vietnam	24,2	22,1	15,6	12,9	11,2							
59	Suriname	14,8	11,0	10,5	10,8	11,4							
60	Ukraine	12,8	10,8	9,7	9,8	11,6							
61	Irak	22,9	20,1	17,2	13,5	11,9							
62	Honduras	21,7	17,6	13,5	12,9	12,3							
63	Tadschikistan	39,2	31,8	24,2	14,9	12,7							
64	Libyen	11,9	14,6	17,0	12,9	12,9							
65	Ghana	29,0	22,1	17,7	15,5	13,0							
66	Mauritius	15,1	13,8	13,3	12,5	13,2							
67	Philippinen	23,9	22,2	20,1	15,3	13,5							
68	Malaysia	15,1	13,9	12,8	12,3	13,6							
69	Bolivien, Plurinat. Staat	26,6	23,0	16,2	12,2	14,2							
70	Kambodscha	39,8	26,8	21,3	15,2	14,3							

■ = Niedrig ■ = Mäßig ■ = Ernst ■ = Sehr ernst ■ = Gravierend

Anmerkung: Für den Welthunger-Index 2026 wurden Daten für 136 Länder ausgewertet. Für 122 davon waren ausreichend Daten vorhanden, um WHI-Werte für 2026 zu berechnen und sie im Ranking zu platzieren (zum Vergleich: Die Datenverfügbarkeit ermöglichte im WHI 2025 die Einstufung von 123 Ländern).

¹ Rangfolge gemäß WHI-Werten für 2026. Länder mit identischen WHI-Werten für 2026 erhalten dieselbe Platzierung (Argentinien, Aserbaidshan und Brasilien legen bspw. gemeinsam Rang 27).

² Die 24 Länder mit WHI-Werten für 2026 unter 5 werden nicht einzeln, sondern gemeinsam auf den Rängen 1 bis 24 platziert. Die Unterschiede zwischen ihren Werten sind minimal.

— = Es liegen keine Daten vor. Einige Länder existierten in ihren heutigen Grenzen im gegebenen Jahr oder Bezugszeitraum noch nicht.

* Für 14 Länder konnten aufgrund unvollständiger Daten keine individuellen WHI-Werte berechnet und keine Ränge bestimmt werden. Wo möglich, wurden diese Länder vorläufig in die Kategorien der WHI-Schweregradskala eingestuft: ein Land in die Kategorie *niedrig*, ein Land in die Kategorie *mäßig*, zwei Länder in *ernst* und vier in *sehr ernst*. Für sechs Länder konnte keine vorläufige Einstufung vorgenommen werden (siehe Tabelle A.3 in Anhang A im Gesamtbericht).

Keine Sicherheit ohne Ernährungssicherheit? Regionale Perspektiven

Zunehmende Militarisierung, geopolitische Spannungen und eine verschärfte Machtpolitik rücken staatszentrierte Sicherheitskonzepte wieder stärker in den Mittelpunkt politischer Debatten. Doch die miteinander verknüpften Krisen unserer Zeit machen die Grenzen dieses Verständnisses deutlich. Konflikte, Klimawandel, wirtschaftliche Schocks, Ungleichheit und Vertreibung verstärken sich häufig gegenseitig. Der Welthunger-Index 2026 zeigt, dass Ernährungssicherheit eine zentrale Rolle in diesen wechselseitigen Dynamiken spielt und selbst ein wesentlicher Bestandteil eines umfassenderen Sicherheitsverständnisses ist. Die folgenden Beiträge beleuchten aus unterschiedlichen regionalen Perspektiven, was „Keine Sicherheit ohne Ernährungssicherheit“ bedeutet.

Carmen Rosa de León-Escribano vom guatemaltekischen Teaching Institute for Sustainable Development (IEPADES) fragt: Welche Sicherheit – und für wen? Sie argumentiert, dass Sicherheit nicht allein an militärischer Stärke gemessen werden kann, solange Grundbedürfnisse unerfüllt bleiben. Obwohl die Region genügend Nahrungsmittel produziert, sind Millionen Menschen wegen Ungleichheit und Ausgrenzung von Ernährungsunsicherheit betroffen. Ihr zufolge entsteht Hunger selten allein durch Knappheit; auch politische Entscheidungen und institutionelles Versagen prägen ihn. Das Recht auf Nahrung und rechtsbasierte soziale Sicherung können Ernährungs- und menschliche Sicherheit stärken.

Abdoulaye Mohamadou, Exekutivsekretär des Permanent Inter-State Committee for Drought Control in the Sahel (CILSS), beschreibt Ernährungsunsicherheit und Unsicherheit in der Sahelregion als Kreislauf. Klimawandel, Konkurrenz um Land und Ressourcen, unzureichende Regierungsführung und begrenzte Lebensgrundlagen tragen zu Konflikten bei. Unsicherheit wiederum schränkt den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen ein und beeinträchtigt pastorale Mobilität, Märkte, Lieferketten und regionalen Handel. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, muss Ernährungssicherheit ins Zentrum der politischen Agenda rücken; nötig sind Investitionen in resiliente Ernährungssysteme, Infrastruktur, Produktivität, Bildung und Beschäftigung.

Moses Chrispus Okello vom Institute for Security Studies untersucht den Krieg zwischen den USA, Israel und Iran als Stresstest für Ernährungssicherheit, Wirtschaft und politische Stabilität im Großraum Horn von Afrika. Durch die Abhängigkeit von importierten Düngemitteln und Treibstoffen wirken sich entfernte Krisen über globale Märkte und Lieferketten auf regionale Ernährungssysteme aus und verschärfen Ernährungsunsicherheit und Instabilität. Besonders gravierend sind die Folgen dort, wo Konflikte, Vertreibung, Klimastress und schrumpfende fiskalische Spielräume die Resilienz geschwächt haben. Auch in stabileren Ländern steigt seiner

Analyse zufolge die Ernährungsunsicherheit. Okello fordert eine regionale Düngemittelproduktion, weniger inputintensive Landwirtschaft, diversifizierte Lieferwege, Notfallplanung und stärkere Frühwarnsysteme.

Majd Al Naber, Expertin für den Water-Energy-Food-Ecosystem-Nexus (WEFE-Nexus) in Westasien und Nordafrika (WANA) betont, dass es keine Ernährungssicherheit ohne Wasser- und Energiesicherheit geben kann. Ihr zufolge haben Dürren, Wasserknappheit und nicht nachhaltige Wassernutzung ländliche Bevölkerungsgruppen in der WANA-Region vertrieben, Unruhen befeuert und Spannungen verschärft. Geringe Süßwasserverfügbarkeit und die Abhängigkeit von externen Ressourcen erhöhen die Anfälligkeit gegenüber Klimaschocks, Konflikten und Weltmarktschwankungen. Nötig ist ein Water-Energy-Food-Ecosystem-Nexus-Ansatz, der Ressourceneffizienz verbessert, Wasserverluste reduziert, dürreresistente Nutzpflanzen und erneuerbare Energien fördert und Resilienz in der Sicherheitsplanung verankert.

Elyssa Kaur Ludher vom ISEAS – Yusof Ishak Institute warnt davor, dass Asiens Defizit bei der Klimaanpassung Ernährungssicherheit und regionale Sicherheit bedroht. Extreme Hitze, Überschwemmungen, Dürren, Stürme und Meeresspiegelanstieg verringern die Nahrungsmittelproduktion und treiben Lebensmittelpreise in die Höhe. Dies verschärft Armut, untergräbt das Vertrauen in Institutionen und erhöht soziale Spannungen. Ludher zufolge bleibt die Anpassungsfinanzierung gemessen am Bedarf unzureichend. Nötig sind mehr Investitionen in klimaresiliente Produktion, Infrastruktur, Versicherungen, Kredite und soziale Sicherung sowie bessere regionale Koordination für Frühwarnung und Notfallmaßnahmen.

Chris Hegadorn, Professor an der Sciences Po Paris, argumentiert, dass Europa im Zeitalter der Polykrisen eine Strategie zur Sicherung der Ernährungskontinuität braucht. Eine weitverbreitete Hungersnot ist zwar unwahrscheinlich, doch Europa ist auf globale Lieferungen von Düngemitteln, Erdgas, Futtermitteln, Vitaminen und Mineralstoffen angewiesen. Längere Störungen können Bezahlbarkeit, Nährstoffqualität und öffentliche Gesundheit beeinträchtigen. Europa sollte Ernährungs- und Lebensmittelsysteme als strategische Sicherheitsgüter behandeln und regelmäßige Stresstests als Grundlage für Notfallplanung, strategische Reserven und Notfallmaßnahmen einführen.

Über alle Regionen hinweg zeigen die Autor*innen, dass Ernährungssicherheit eng mit Resilienz, Stabilität und Frieden verknüpft ist. Das Recht auf angemessene Nahrung ins Zentrum der Friedens- und Sicherheitspolitik zu stellen, ist entscheidend, um Lebensgrundlagen zu schützen, Krisen vorzubeugen und stabilere und sicherere Gesellschaften aufzubauen.

Handlungsempfehlungen

Diese Empfehlungen rufen Regierungen, Geberorganisationen und weitere Akteur*innen dazu auf, ein menschenzentriertes und menschenrechtsbasiertes Sicherheitsverständnis zu verfolgen und Ernährungssicherheit sowie das Recht auf angemessene Nahrung systematisch in Resilienz-, Friedens- und Sicherheitspolitik zu verankern.

1. Ernährungssicherheit in der Sicherheitspolitik verankern

- **Regierungen müssen Ernährungssicherheit in nationale Sicherheits-, Bevölkerungsschutz- und Resilienzstrategien sowie in Krisenvorsorge und Notfallpläne integrieren.**
- **Sie müssen dauerhafte interministerielle Koordinierungsmechanismen schaffen,** Politikkohärenz sicherstellen und öffentlich über Fortschritte bei der Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung berichten.
- **Betroffene Gemeinschaften, Zivilgesellschaft und marginalisierte Gruppen** müssen transparent und wirksam an Gestaltung, Umsetzung und Überwachung der Maßnahmen **beteiligt** werden.
- **Investitionen in resiliente Ernährungssysteme müssen als strategische Sicherheitsinvestitionen** in öffentlichen Haushalten **verankert werden** – mit fest eingeplanter, mehrjähriger Finanzierung und transparenten Kriterien auf Basis nationaler Risikobewertungen.

2. Investitionen in resiliente und nachhaltige Ernährungssysteme vorantreiben

- **Regierungen müssen langfristig in lokale und regionale Ernährungssysteme investieren** und vielfältige Lieferketten, regionalen Handel sowie eine klimaresiliente und ressourceneffiziente Landwirtschaft stärken. So können Abhängigkeiten von wenigen Bezugsquellen für wichtige Betriebsmittel und die Anfälligkeit gegenüber Klima-, Wirtschafts- und geopolitischen Schocks verringert werden.
- **Öffentliche Investitionen müssen ländliche Infrastruktur stärken** und verantwortungsvolle private und gesellschaftliche **Investitionen in lokale und regionale Wertschöpfungsketten ermöglichen.**
- **Regierungen müssen Sozialschutz- und Risikomanagementsysteme ausbauen,** damit Haushalte Schocks besser bewältigen können. Sie sollten einen gerechten Zugang zu erschwinglicher, gesunder Ernährung, Versicherungen, Finanzdienstleistungen, gezielter Unterstützung und Angeboten gegen Mangelernährung gewährleisten, die sich in Krisen schnell ausweiten lassen.

3. Informationssysteme zur Ernährungssicherheit und Krisenprävention stärken

- **Regierungen und Geber müssen Datenerhebung und Analysen zur Ernährungssicherheit verlässlich finanzieren** und unabhängige Erhebungen in Krisengebieten und schwer erreichbaren Regionen sicher ermöglichen.
- **Sie müssen Frühwarnsysteme stärken,** die belastbare Risiko- und Wirkungsdaten sowie Prognosen mit lokalem Wissen verbinden und vereinbarte Schwellenwerte mit vorab festgelegten und finanzierten Maßnahmen verknüpfen.
- **Geber müssen Kürzungen bei Ernährungssicherheit und humanitärer Hilfe stoppen, zurücknehmen und flexible, mehrjährige Mittel bereitstellen.** Diese Mittel sollten Krisenprävention, -bewältigung und Wiederaufbau im Humanitarian-Development-Peace-Nexus stärken. Betroffene Gemeinschaften und die lokale Zivilgesellschaft müssen Maßnahmen mitbestimmen und mitgestalten.

4. Diplomatisches Engagement verstärken und konfliktbedingten Hunger verhindern

- **Regierungen, UN-Sicherheitsrat und regionale Organisationen müssen präventive Diplomatie intensivieren,** um Eskalationen abzuwenden und inklusive Friedensprozesse zu fördern. **In laufenden Konflikten müssen sie humanitäre Diplomatie verstärken,** um auf Waffenstillstände, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung und überlebenswichtiger Ressourcen hinzuwirken. Friedens- und Wiederaufbauprozesse müssen Lebensgrundlagen, das Recht auf angemessene Nahrung und Land- und Marktzugang sichern.
- **Konfliktparteien müssen einen schnellen, ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe ermöglichen** und das Völkerrecht und humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit achten.
- **Justizbehörden müssen mutmaßliche Verstöße untersuchen und Verantwortliche strafrechtlich verfolgen,** wenn das Aushungern von Zivilist*innen als Kriegsmethode eingesetzt, Nahrungsmittel- und Wassersysteme rechtswidrig angegriffen oder humanitäre Hilfe behindert wird – im Einklang mit Resolution 2417 des UN-Sicherheitsrats.

Deutsche Welthungerhilfe e.V.

Friedrich-Ebert-Straße 1
53173 Bonn, Deutschland
Tel. +49 228-2288-0
Fax +49 228-2288-333
www.welthungerhilfe.de
Mitglied von Alliance 2015

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)
Ruhr University Bochum (RUB)
Massenbergstraße 11
44787 Bochum, Deutschland
Tel +49 234-32-273 66
www.ifhv.de

Helvetas

Weinbergstrasse 22a
8021 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 44 368 65 00
www.helvetas.org
Mitglied von Alliance 2015

Redaktionsteam:

Welthungerhilfe (WHH):
Sophia Florence Scherer, Miriam Wiemers, Katharina Wecker, Rafaël Schneider, Asja Hanano; **IFHV:** Holger Mann, Daniel Weller, Katrin Radtke; **Helvetas:** Michèle Heeb, Matthias Herfeldt

Website: www.globalhungerindex.org

Redakteur: Terry Erle Clayton
Redaktionsschluss für diese Veröffentlichung war August 2026. Die Fristen für die zur Berechnung der WHI-Werte verwendeten Daten endeten früher.

Disclaimer: Die dargestellten Grenzen und Ländernamen sowie die auf der Karte verwendeten Bezeichnungen bedeuten keine offizielle Stellungnahme oder Zustimmung vonseiten der Welthungerhilfe, des Instituts für

Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht oder Helvetas zum rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets oder seiner Behörden oder über den Verlauf seiner Grenzen.

Bildnachweis: Mahad Usman/Helvetas, Äthiopien 2025

Diese Veröffentlichung ist unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International License (CC BY-NC-ND 4.0) verfügbar, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>